

Bundesweiter Zusammenschluss von Gedenkstätten, Erinnerungsorten und -initiativen (FORUM) gegründet

Andreas Ehresmann

Nach vier Jahren Vorbereitung und intensiven Diskussionen haben Vertreterinnen und Vertreter von Landesarbeitsgemeinschaften aus Baden-Württemberg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein am 25. September 2014 im Rahmen der 3. Bundesweiten Gedenkstättenkonferenz in Bremen den Zusammenschluss der Landesarbeitsgemeinschaften zu einem gemeinsamen bundesweiten Forum der Landesarbeitsgemeinschaften der Gedenkstätten, Erinnerungsorte und -initiativen in Deutschland beschlossen. Bei der konstituierenden Sitzung wurden von dem freiwilligen Zusammenschluss einstimmig »Richtlinien für die Tätigkeit« vereinbart, in denen der Zweck und die Ziele des Zusammenschlusses definiert sind.

Das FORUM versteht sich »als Interessenvertretung der auf Ebene der Bundesländer konstituierten Landesarbeitsgemeinschaften, Interessengemeinschaften oder der als Verein zusammengefassten Gedenkstätten und der Erinnerungsinitiativen in der Bundesrepublik Deutschland«. Das FORUM will damit, »die in den Gedenkstätten und Erinnerungsinitiativen geleistete Vermittlungsarbeit fördern, bündeln und verstärken.«

Aktuell vertritt der bundesweite Zusammenschluss rund 170 Gedenkstätten, Erinnerungsorte und -initiativen. Bei der Gründungsversammlung und der ersten regulären Zusammenkunft waren aber auch schon Vertreterinnen und Vertreter aus weiteren Bundesländern als Gäste anwesend, in denen Landesarbeitsgemeinschaften in Gründung sind. Die Zielsetzungen des FORUMS sind die »Förderung eines bundesweiten Erfahrungs- und Informationsaustausch der Gedenkstätten und Erinnerungsinitiativen untereinander«, die »Kooperation mit allen relevanten Akteuren aus Erinnerungskultur und historisch-politischer Bildung« und die »Vertretung der Interessen der Gedenkstätten, Erinnerungsorte und -initiativen auf bundesweiten Gedenkstattentreffen und -konferenzen und gegenüber Politik, Medien und Wirtschaft.«

Die Vertretung des FORUMS nach außen erfolgt durch einen von dem Plenum gewählten Sprecherinnen- und Sprecherrat. Bei der konstituierenden Sitzung in Bremen wurden Rainer Stommer (Mecklenburg-Vorpommern), Kirsten John-Stucke (Nordrhein-Westfalen), Thomas Stöckle (Baden-Württemberg) und Andreas Ehresmann (Niedersachsen) zum ersten Sprecherinnen- und Sprecherrat gewählt.

Ein erstes Handlungsfeld: Sicherung von lokalen Dokumentenbeständen

Ein vor allem die kleineren Gedenkstätten und Initiativen betreffendes Thema, das bei der ersten und zukünftig halbjährlich stattfindenden Sitzung des FORUMS am 30. März 2015 in Berlin besprochen wurde, ist die Sicherung und Erschließung von kleineren Dokumentenbeständen, archivarischen Sammlungen und Dokumenten. Hinlänglich bekannt ist, dass in vielen, meist aus zivilgesellschaftlichem Engagement entstandenen, kleinen Gedenkstätten und Erinnerungsinitiativen im Laufe der letzten Jahrzehnte oftmals bedeutende und für die Forschung durchaus relevante Bestände zusammen-

Der Sprecherinnen-
und Sprecherrat des
neu gegründeten
FORUMS.
Von links nach rechts:
Rainer Stommer,
Kirsten John-Stucke,
Thomas Stöckle,
Andreas Ehresmann



getragen wurden, diese aber kaum unter adäquaten archivarischen und konservatorischen Gesichtspunkten gelagert werden können oder verzeichnet sind. Die Provenienz der Privatbestände ist oftmals nur im Gedächtnis der Aktiven erfasst. Da aber viele derjenigen, die die Bestände seit den 1970/80er-Jahren oftmals mühsam zusammengetragen haben, einerseits als Einzelpersonen oder Kleingruppen agieren und andererseits mittlerweile auch schon in höherem Alter sind, besteht die Gefahr, dass das Wissen über die Bestände perspektivisch abhandenkommt. Einhellig wurde festgestellt, dass ein gemeinsames Handeln notwendig ist, da sonst ein unwiederbringlicher Verlust dieser regionalen Bestände, häufig auch zur eigenen Entstehungsgeschichte der Gedenkstätten und Initiativen, droht.

Nach einem überblicksartigen Zusammentragen der grundsätzlichen Archivsituation in den kleinen Gedenkstätten und Initiativen sowie in den einzelnen Landesarbeitsgemeinschaften wurde darüber diskutiert, inwieweit das FORUM zukünftig Hilfestellung geben kann. Angeregt wurde beispielsweise, dass mit einem Vortrag zum Archivwesen, der gleichlautend in den verschiedenen Bundesländern angeboten wird, zunächst einmal bei den Aktiven vor Ort überhaupt über den drohenden Verlust von Archivalien und Quellen informiert und möglicherweise auch für einen gemeinsamen Standard von Sicherung, Erschließung etc. geworben werden soll.

Es wurde aber zu Recht festgestellt, dass es nicht nur einen internen Beratungsbedarf gibt und dass nur durch interne Fortbildung das Problem schon gelöst werden könne. Auch die Fachöffentlichkeit muss für die Bedeutung lokaler Klein- und Kleinstbestände und deren Erhalt sensibilisiert werden. Aber mit reiner Information ist es nicht getan. Notwendig sind letztendlich finanzielle Mittel, um in Verzeichnisprojekten die Bestände zu erfassen und dauerhaft zu sichern. Vonseiten des Sprecherinnen- und Sprecherrats des FORUMS soll versucht werden, auf Bundesebene (beispielsweise im Bundeskulturstaatsministerium) auf dieses Problem aufmerksam zu machen. Möglicherweise können dann perspektivisch mit einem gemeinsamen Archivantrag Fördermittel zur Sicherung dieser Bestände akquiriert werden.

Andreas Ehresmann ist Leiter der Gedenkstätte Lager Sandbostel, im Sprecherrat der Interessengemeinschaft niedersächsischer Gedenkstätten und im Sprecherrat des neu gegründeten FORUMS.

Initiative »Gedenkort für die Opfer der NS-Lebensraumpolitik«

Peter Jahn

Eine Binsenwahrheit vorweg: Erinnerungsorte und Gedenkstätten zur Herrschaft des Nationalsozialismus hätten ihren Zweck verfehlt, wenn sie nur auf starke Emotionen zielten. Wenigstens annäherungsweise zu begreifen, was zwischen 1933 und 1945 geschah, ist das wichtigste Ziel des Erinnerns, und die Einsicht, dass es sich trotz der wuchernden Verspielfilmung der historischen Ereignisse um die eigene Realität handelt. Das macht die Bedeutung der Gedenkstätten und Erinnerungsorte aus – selbst da noch, wo 70 Jahre später ein abstrakter Ausstellungskubus an den Ort früherer NS-Herrschaft in München gesetzt wurde.

Zugleich hat Gedenken einen repräsentativen Aspekt – für einzelne Gruppen wie auch für die Vertreter des Staates auf allen Ebenen. Die zahllosen Gedenkrituale zum 70. Jahrestag haben es gerade wieder deutlich gemacht. Es war also durchaus legitim, dass nach der deutschen Vereinigung die Bundesregierung einen zentralen Ort des Gedenkens an die Opfer der nationalsozialistischen Herrschaft schaffen wollte. Das Resultat war die vergrößerte Pietà der Käthe Kollwitz in der »Neuen Wache« und dort ein derart allgemeiner Text, dass er die ermordeten Juden wie die im Krieg getöteten SS-Männer in das Gedenken einschloss. Derartiges NS-Gedenken konnte nur breite Kritik auslösen und ein anderes, angemessenes Gedenken an die Opfer der nationalsozialistischen Verbrechen fordern lassen. Dass diese Kritik damals zur Forderung nach einem Ort für die ermordeten Juden Europas führte, war auf den ersten Blick verständlich und hat auch dem Gedenken an diese – in der nationalsozialistischen Vernichtungslogik zentralen Gruppe – einen herausragenden Platz gegeben. Daraus erwuchs aber die geradezu zwingende Forderung nach entsprechend repräsentativen Orten des Gedenkens für andere Opfergruppen, die sich nicht im Denkmal für die ermordeten Juden wiederfinden konnten. So folgten im Lauf der Jahre – ebenfalls im Tiergarten – die Denkmäler für die ermordeten Homosexuellen (2008), für Sinti und Roma (2012) sowie für die psychisch und körperlich behinderten Opfer der »Euthanasie«-Morde (2014).

NS-Lebensraumpolitik

Seit der Einführung des Tages des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus im Jahre 1996 war es über Jahre auch das Ensemble eben dieser Gruppen, die als Opfer benannt wurden. Erst ganz allmählich ist im Laufe der letzten zehn Jahre eine andere Opfergruppe immer häufiger genannt worden, die bis dahin im Gedenken der Bundesrepublik am Rande gestanden hatte: die als »slawische Untermenschen« der deutschen Lebensraumpolitik zum Opfer Gefallenen. Wahrgenommen wurden sie durchaus in ihren Teilgruppen: So die eine Million Einwohner Leningrads, die die Belagerung der Stadt nicht überlebten (die Belagerer hatten den Tod aller drei Millionen Einwohner vorgesehen) in der Gedenksitzung des Deutschen Bundestages am 27. Januar 2014, so die mehr als drei Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen, die verhungerten oder erschossen wurden, in der Rede des Bundespräsidenten zum 70. Jahrestag der Befreiung im Mai 2015. Dass diese großen Opfergruppen ebenso wie große Teile der städtischen und ländlichen Bevölkerung Polens und der Sowjetunion nicht einfach bedauerliche

Kriegsopfer waren, sondern als »rassisch minderwertige« Slawen und »überflüssige Esser« in Millionenzahl sterben sollten, rückte in den Hintergrund.

Dabei ist schon früh, etwa von Andreas Hillgruber, deutlich gemacht worden, dass nach dem Ziel der Judenvernichtung die Eroberung von »Lebensraum im Osten« unter Vernichtung und Vertreibung der slawischen Bevölkerung das zweite zentrale Axiom nationalsozialistischer Ideologie und Politik war. In der Frontstellung des Kalten Krieges war das jedoch in der Bundesrepublik jahrzehntelang ein verdrängtes Thema, und die historische Forschung hat sich, beginnend 1978 mit der Untersuchung Christian Streits über die Vernichtung der sowjetischen Kriegsgefangenen, erst spät dieser Politik und ihren Opfern zugewandt. Seitdem hat die Forschung unser Wissen über die nur schwer fassbare Dimension der deutschen Mordpolitik in Polen und der Sowjetunion enorm erweitert, und davon ist auch ein Teil in das gesellschaftliche Bewusstsein übergegangen. Trotzdem zählen diese Verbrechen in der deutschen Öffentlichkeit noch immer nicht zu den zentralen Merkmalen des Nationalsozialismus. Wenn etwa die Posener Rede Heinrich Himmlers erwähnt wird, so ist sie mit Sicherheit auf den Satz über den Anstand der SS-Mörder angesichts von hunderten ermordeten Juden fokussiert. Unbeachtet bleibt meist, dass diese Rede viel ausführlicher vom tierartigen Charakter des Slawen handelt und eine Kernaussage lautet: »Ob bei dem Bau eines Panzergrabens zehntausend russische Weiber an Entkräftung umfallen oder nicht, interessiert mich nur insoweit, als der Panzergraben für Deutschland fertig wird.«²

Die Vernichtung der Bevölkerung Polens und der Sowjetunion wurde ähnlich wie der Völkermord an den Juden zum größten Teil jenseits der deutschen Grenzen ausgeführt. Nur ein Teil der sowjetischen Kriegsgefangenen wurde nach Deutschland verbracht und starb auf deutschem Boden. Für sie finden sich auch Gedenkstätten an den Orten ihres Sterbens, vor allem des massenhaften Hungertodes in den Kriegsgefangenenlagern (»Russenslagern«). Als Gedenkstätten sind sie bis heute weitgehend Sache engagierter Bürgerbewegungen und wurden erst sehr spät finanziell unterstützt. In den KZ-Gedenkstätten finden wir die sowjetischen Kriegsgefangenen als eine der in den Konzentrationslagern ermordeten Häftlingsgruppen. So ist das Deutsch-Russische Museum Berlin-Karlshorst der einzige Ort in Deutschland, an dem an deutsche Lebensraumpolitik und Vernichtung der Bevölkerung in Osteuropa in einer komplexen und zusammenhängenden Darstellung erinnert wird – verdichtet auf einer für dieses Thema kleinen Fläche, da der andere Teil des Museums als authentischer Ort der Kapitulation der deutschen Wehrmacht das Kriegsende in Europa zum Thema hat.

Der Gedanke, dass, wer A sagt, auch weiterbuchstabieren müsse, dass die Abwesenheit einer nach Millionen zählenden Opfergruppe im Ensemble der NS-Gedenkorte des Tiergartens auch eine Aussage über die eigene Sicht auf diese Opfergruppe ist und dass nicht erst die Lobbyarbeit Betroffener uns zum Handeln bewegen sollte, hat 2013 eine Initiative angestoßen, die einen Gedenkort für die Opfer der NS-Lebensraumpolitik fordert:

Auruf für ein Ort der Erinnerung an die Opfer der NS-Lebensraumpolitik in Osteuropa im Berliner Tiergarten, März 2013

Seit zwanzig Jahren wird für eine immer breitere Öffentlichkeit in der Bundesrepublik deutlich, dass außer den Millionen jüdischer Opfer, die im Zentrum der nationalsozialistischen Mordpolitik standen, weitere Millionen Menschen in Osteuropa Opfer



Plakataktion »Den vergessenen Opfern des Vernichtungskrieges ein Gesicht geben« am Sowjetischen Ehrenmal in Berlin-Tiergarten, Sept. 2014
Fotos: Daniel Ziemer

Gedenklesung mit Jutta Weduwen (Geschäftsführerin der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste), Ulrike Trautwein (Evangelische General-superintendentin), Schauspieler Ulrich Matthes und Publizistin Lea Rosh, September 2014

der NS-Vernichtungspolitik wurden. Diese Einwohner Polens und der Sowjetunion wurden entsprechend der nationalsozialistischen Ideologie als »rassisch minderwertige« Slawen zu einer rechtlosen Masse erklärt, die millionenfach getötet oder nach Osten vertrieben werden sollte. Rassismus und Lebensraumideologie bestimmten Kriegführung und Besatzungsherrschaft.

Schon 1939 wurden Angehörige der polnischen Bildungsschicht in Konzentrationslager verbracht oder erschossen. Die Kriegsplanung sah 1941 für die Sowjetunion ausdrücklich vor, dass »mehrere zehn Millionen« verhungern sollten. Zuerst realisiert wurde diese Planung an den sowjetischen Kriegsgefangenen – im ersten Kriegsjahr starben zwei von drei Millionen Gefangenen. Zehntausende von ihnen wurden ausgesondert und nach den Richtlinien des »Kommissarbefehls« direkt hinter der Front erschossen oder in den Konzentrationslagern ermordet. Mehr als drei Millionen Gefangene überlebten den Krieg nicht.

800 000 Leningrader verhungerten durch die deutsche Blockade, die Planung hatte den Tod aller drei Millionen Einwohner der Stadt vorgesehen. In Polen und der Sowjetunion wurden hunderte Dörfer samt ihren Einwohnern bei Anzeichen auch nur geringen Widerstandes vernichtet. In systematisch leegeraubten »Kahlfraßzonen« wurden in der Sowjetunion Hunderttausende dem Hungertod überantwortet. Beim Warschauer Aufstand 1944 wurden wahllos mehr als hunderttausend unbewaffnete Einwohner erschossen, 600 000 Menschen wurden deportiert.

All dies wurde in der Konfrontation des Kalten Krieges verschwiegen oder als Nebenwirkungen eines harten und grausamen Krieges relativiert. Unterdrückt blieb das Wissen, dass ein Massenmord an Millionen Menschen mit Vorbedacht geplant und ausgeführt wurde. Diese Opfer wurden in der Bundesrepublik Deutschland aus dem Gedächtnis an die Verbrechen des Nationalsozialismus weitgehend ausgeschlossen.

Erinnern wir an sie! Schaffen wir dort, wo Denkmäler an andere Opfer des Nationalsozialismus erinnern, im Berliner Tiergarten, einen Erinnerungsort für diese Millionen. Das uns bis heute fremd gebliebene Denkmal für die im Kampf gegen die NS-Herrschaft gefallenen Rotarmisten aus dem Jahre 1945 soll sinnvoll ergänzt werden. Errichten wir gegenüber, auf der anderen Seite der Straße des 17. Juni, einen Ort zur Erinnerung und zum Gedenken an diese vielen Millionen Opfer des Nationalsozialismus.

Podiumsdiskussion zum Thema: »Slawen« – Eine verdrängte Opfergruppe?

Über den Aufruf und seine inhaltlichen Implikationen wurde bei einer Podiumsdiskussion in der Stiftung Topographie des Terrors am 20. Mai 2014 öffentlich debattiert.¹

Notwendig ist eine differenziertere Erinnerung an die osteuropäischen Opfer der deutschen Vernichtungspolitik 1939 bis 1945. Über diesen Appell waren sich namhafte Historiker aus Deutschland, Russland und Polen einig. Warum die polnischen und sowjetischen Opfer des nationalsozialistischen Vernichtungskrieges in der heutigen deutschen Erinnerung kaum präsent sind, wurde dargelegt – und auf welchen Wegen sie aus dem weitgehenden Vergessen gelöst werden können.

Unter der Moderation von Prof. Dr. Andreas Nachama diskutierten vor rund 200 Besuchern Dr. Peter Jahn, bis 2006 Leiter des Deutsch-Russischen Museums Berlin-Karlshorst, Prof. Dr. Reinhard Rürup, em. Professor für Neuere Geschichte an der Technischen Universität Berlin, Prof. Dr. Robert Traba, Direktor des Zentrums für historische Forschung Berlin der Polnischen Akademie der Wissenschaften, Ekaterina Makhotina,



Podiumsdiskussion im Auditorium der Stiftung Topographie des Terrors im Mai 2014. Foto: Jürgen Kramer

wissenschaftliche Mitarbeiterin am Historischen Seminar der Universität München und Dr. Jürgen Zarusky, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte München.

»Vernichtungskrieg sui generis«

Peter Jahn, Gründer der Initiative »Gedenkort für die Opfer der NS-Lebensraumpolitik«, erläuterte in einer einführenden Rede, welche unterschiedlichen Personengruppen 1939 bis 1945 Opfer von NS-Verbrechen in Mittel- und Osteuropa wurden. Zu den größten Opfergruppen zählte er u.a. sowjetische Kriegsgefangene, die Einwohner Leningrads und weiterer sowjetischer Städte und Regionen, weißrussische und ukrainische Dorfbewohner, Angehörige der polnischen Bildungsschicht, die Zivilbevölkerung beim Warschauer Aufstand 1944. Er konzentrierte sich dabei auf Mordopfer: Millionen wehrloser Menschen, die außerhalb militärischer Kampfhandlungen gezielt getötet oder deren Sterben billigend in Kauf genommen worden sei. Die »Beräumung« der Regionen im Namen eines »deutschen Lebensraumes«, d.h. die Vertreibung und Ermordung der dort lebenden Menschen, sei das wichtigste deutsche Kriegsziel im Osten gewesen.

Auch der Historiker Reinhard Rürup betonte, dass das deutsche Militär schon vor Beginn des Russlandfeldzuges die Vernichtung großer Teile der Bevölkerung einkalkuliert hatte: »Es war eindeutig. Man handelte mit Vorsatz.« Die Menschen seien schlicht als »überflüssig« bezeichnet worden. Er verwies auf die klar unterschiedliche Kriegsführung in Ost- und Westeuropa und darauf, dass etwa 60% der sowjetischen Kriegsgefangenen in deutschem Gewahrsam ums Leben gekommen seien, während die Todesrate bei den englischen und amerikanischen Gefangenen bei 4% gelegen habe. Ekaterina Makhotina von der Münchner Ludwig-Maximilians-Universität sprach von einem »Vernichtungskrieg sui generis«.

Fehlender öffentlicher Diskurs in Deutschland

Der Kalte Krieg habe den Diskurs über die deutschen Verbrechen in Osteuropa in Westdeutschland eingefroren und die Erinnerung an die Opfer zurückgedrängt, sagte Jürgen Zarusky. Und man solle keinesfalls glauben, dass in den letzten zwei Jahrzeh-

ten dieser Rückstand aufgeholt worden sei. Vor allem fehle ein Perspektivenwechsel: Viel zu wenig Interesse bestünde in Deutschland an den polnischen, russischen oder ukrainischen Erinnerungen an den Zweiten Weltkrieg. Bis heute gebe es beispielsweise keine neue Fassung des berühmten »Blockadebuchs« von Daniil Granin, man müsse weiterhin antiquarisch auf die DDR-Ausgaben zurückgreifen. Reinhard Rürup verwies dagegen auf das Deutsch-Russische Museum in Berlin-Karlsdorf, das über diesen Aspekt des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkrieges anhand von Multiperspektivität sowie der Empathie zu den Opfern informiere.

Mehrere Wortmeldungen aus dem Publikum verwiesen darauf, dass die NS-Lebensraumpolitik und ihre Opfer in der ehemaligen DDR sehr viel detaillierter thematisiert worden seien. Historiker und Journalisten der Bundesrepublik Deutschland hätten diesen Aspekt der Geschichte hingegen regelrecht gemieden, um der DDR kein Raum für deren Propaganda zu geben. Im Gegensatz zur deutschen Erinnerungslandschaft, so Jürgen Zarusky, stünden in den osteuropäischen Staaten die Opfer aus dem eigenen Land im Vordergrund. Gerade in Russland, so ergänzte Ekaterina Makhotina, werde der »Große Vaterländische Krieg« bis heute an erster Stelle als Sieg dargestellt. Die Themen Kriegsgefangene, Zivilopfer und politische Gewalt blieben dagegen außen vor und die Einbettung in einen größeren Kontext fehle.

Empathie für die Opfer

Robert Traba betonte, dass in Deutschland zu viel Gleichgültigkeit zum Thema herrsche und stellte die Frage, wie man eine nachhaltige öffentliche Debatte anstoßen könne. Ein entscheidender Aspekt sei, so Ekaterina Makhotina, Empathie für die Opfer der Verbrechen zu vermitteln. Diese gebe es in Deutschland für osteuropäische Opfer bisher kaum. Auf dem Podium wurde gefragt, inwieweit dies von einem Denkmal oder einem Erinnerungsort gewährleistet werden könne, oder wie man über Zeitungen, Schulbücher und Kurse an Universitäten wirken müsse.

Definition der Opfergruppen für einen Gedenkort

In der Diskussion kam immer wieder die Forderung nach einer genaueren Definition der Opfergruppen zur Sprache, an die ein möglicher Gedenkort für die Opfer der NS-Lebensraumpolitik erinnern solle. Reinhard Rürup betonte, dass Erinnerungsorte nur dann wirken könnten, wenn Menschen eine genaue Vorstellung davon hätten, an wen dort gedacht werde. Der im Titel der Podiumsdiskussion verwendete Sammelbegriff »Slawen« wurde vom Podium jedoch als ideologisch besetzt und thematisch unscharf verworfen. Jürgen Zarusky betonte, dass die Nationalsozialisten keine einheitliche Politik gegenüber den osteuropäischen, »slawischen« Staaten verfolgt hätten und verwies auf die Bündnispolitik gegenüber Bulgarien, Slowakei und dem kroatischen Ustascha-Staat. Hier werde ein Unterschied zwischen der NS-Ideologie des »Antislawismus« und der konkreten nationalsozialistischen Planung vom »Lebensraum im Osten« deutlich.

Robert Traba warnte vor einer Konkurrenz der Opfer und einer Debatte entlang von Nation oder Ethnie, wer am stärksten gelitten oder die meisten Opfer zu beklagen habe. Zudem kritisierte er die von Peter Jahn vorgeschlagene Trennung von Kriegs- und Mordopfern. Beide Gruppen seien als Opfer der Besatzungsherrschaft zu sehen.

Ekaterina Makhotina schlug vor, das Denkmal zu einem Ort des humanistischen Gedenkens zu entwickeln, der die unterschiedlichen Opfergruppen nicht in Konkurrenz

zueinander stellt. Oder es könne ein Lernort werden, der Informationen weitergibt und aufklärt. Für ein Denkmal sei nicht zuletzt eine Erinnerungsgemeinschaft wichtig, die ihre Interessen deutlich vertrete, erklärte sie.

Insgesamt waren sich die Diskutierenden darin einig, dass das Definitionsproblem der Opfergruppen nicht vom eigentlichen Anliegen ablenken dürfe. Die Verbrechen gegenüber polnischen und sowjetischen Bürgern müssten in der deutschen Erinnerung künftig einen viel zentraleren Platz einnehmen.

Der Moderator der Podiumsdiskussion, der Direktor der Topographie des Terrors Andreas Nachama, schloss die Veranstaltung mit dem erneuten Aufruf, die Empathie mit den Opfern zu fördern: »Rufen wir die Namen und Gesichter, Leben und Leiden der einzelnen Opfer ins öffentliche Bewusstsein.«

Unterstützung für den Aufruf für einen Ort der Erinnerung an die Opfer der NS-Lebensraumpolitik in Osteuropa

Der von dreißig Wissenschaftlern, Politikern und Künstlern unterzeichnete Aufruf fand Zustimmung und Unterstützung. Unter www.gedenkort-lebensraumpolitik.de informiert die Initiative über ihre Ziele und Veranstaltungen, darunter ab Ende Mai 2015 eine Veranstaltungsreihe in Berlin zu den verschiedenen Opfergruppen der NS-Lebensraumpolitik. Der Arbeitskreis der Berlin-Brandenburgischen NS-Gedenkstätten hat sich für die Forderung der Initiative ausgesprochen, und in einer Diskussionsrunde von Berliner und Brandenburgischen Gedenkstätten und Organisationen der politischen Bildung erhält die Initiative kritische Unterstützung.

Die im Kulturausschuss des letzten Bundestages vertretenen Oppositionsparteien Grüne, Linke und SPD antworteten 2013 zustimmend auf die Forderung nach Schaffung eines solchen Gedenkortes, FDP und CDU sahen keinen Grund für einen Ort des Gedenkens im Tiergarten, habe man doch in den existierenden Gedenkstätten und vor allem mit dem Museum in Karlshorst ausreichend Gedenkort. Nun ist das Museum in Karlshorst ohne Zweifel in Deutschland der zentrale Ort, an dem die Verbrechen der rassistischen Lebensraumpolitik in ihrem Kontext dargestellt werden. Aufklärung findet der Besucher hier gewiss, aber die Leerstelle im Tiergarten wird damit keineswegs gefüllt.

Als Auslöser der Initiative stelle ich unsere Forderung hiermit zur Diskussion, für die ich gern zur Verfügung stehe. Zugleich bitte ich darum, die Unterstützung, die ich von den Berlin-Brandenburgischen Gedenkstätten erhalten habe, auch bundesweit zu bekommen: Es soll ja geballter Sachverstand durchaus in der Lage sein, die Trägheit der politischen Instanzen zu überwinden.

Dr. Peter Jahn ist Historiker und Slawist Er war von 1995 bis 2006 der erste Leiter des Deutsch-Russischen Museums Berlin-Karlshorst.

Weitere Informationen: www.gedenkort-lebensraumpolitik.de

- 1 Die Podiumsdiskussion wurde von Greta Wilde im Rahmen eines Praktikums im Gedenkstättenreferat der Stiftung Topographie des Terrors zusammengefasst. Daniel Ziemer, Mitarbeiter der Initiative, hat ihren Text überarbeitet und ergänzt.
- 2 IMT, Bd. 29, S.123